

## Arbeitsblatt 2

**Fall ZR 374.** <sup>1</sup>G ist Alleingesellschafter und Geschäftsführer der C GmbH. S ist Steuerberater der C GmbH. Im Februar 2006 findet anlässlich der Vorlage der von S gefertigten Bilanz für 2004 ein Gespräch zwischen S und G statt, in dem es um die Frage einer möglichen Insolvenz der C GmbH geht. S meint, diese Gefahr bestehe nicht. Daraufhin leistet G in den folgenden Wochen für die GmbH Zahlungen in Höhe von €270.000,- an verschiedene Gläubiger. Im Juni 2006 legt S die Bilanz für 2005 vor. G erkennt, dass die C GmbH schon seit geraumer Zeit überschuldet ist, und stellt Insolvenzantrag. Der Insolvenzverwalter fordert von G Ersatz der für die GmbH geleisteten Zahlungen aus § 64 GmbHG. Kann K von S Regress fordern.

**Fall ZR 375.** K will von V ein Haus kaufen. Am 24. November 2006 lässt sie daher ein notarielles Kaufangebot zum Preis von 130.000,- beurkunden. In dem Angebot ist ein Ausschluss der Sachmängelhaftung vorgesehen. Außerdem ist festgehalten, dass das Angebot für K vier Wochen unwiderruflich ist. Am 3. Dezember besichtigt K das Kaufobjekt (erneut) und stellt dabei Feuchtigkeitsch den fest. Das Angebot wird vom Notar per Fax am 14. Dezember 2006 an V übermittelt. Am 27. Dezember nimmt V, der inzwischen ebenfalls von den Feuchtigkeitsch den erfahren hat, das Angebot an. K, die das Gebäude nach kurzer Zeit weiterverkauft hat, verlangt von V Ersatz der Schadensbeseitigungskosten in Höhe von €35.000,-.

**Fall ZR 376.** Die Straßen der Gemeinde G werden durch Öl, das aus einem Omnibus des O ausläuft, verunreinigt. Daraufhin beauftragt die G das Stra enreinigungsunternehmen S mit der Reinigung der Straße. In dem von S vorgelegten Formularvertrag, der auf private Auftraggeber zugeschnitten ist, erklärt G als Auftraggeberin, sie habe eine Stra enverunreinigung verursacht und beauftrage S mit der Beseitigung. Sie sei sich bewusst, dass der Auftrag zu einer Zurückstufung in der Haftpflichtversicherung führen könne. S verlangt von O die Übernahme der Kosten in Höhe von €1.500,-.

Vgl. §§ 17 Abs. 3, 40 Abs. 2 StrG RLP.

**Fall ZR 377.** K wird Mitglied eines „Schenkendes“. Dieser ist ein Schneeballsystem: Zwischen den Mitgliedern ist vereinbart, dass die Angehörigen des äußeren Kreises den Gründern, welche die sog. Pole Position einnehmen, bestimmte Geldbeträge schenken. Danach scheiden die Mitglieder auf der Pole Position aus dem System aus und die Angehörigen des äußeren Kreises rücken in die Pole Position ein, in der Hoffnung, von neu geworbenen Mitgliedern des äußeren Kreises wiederum Schenkungen zu erhalten. K übergibt an B, die in die Organisation des Systems eingebunden ist, den Betrag von €5.000,-, den B an bestimmte Mitglieder auf der Pole Position, E1 und E2, weiterleiten soll, was B auch tut. K rückt in die Pole Position ein, erhält aber keinerlei Zahlungen. Er verlangt von B, E1 und E2 die Rückzahlung des Geldes.

**Fall ZR 378.** M und F errichten im Jahr 1987 ein gemeinsames Testament. Danach soll der Erstversterbende von beiden von dem  berlebenden Ehepartner beerbt werden. Nach dessen Tod sollen das oder die gemeinsamen Enkelkinder erben. Außerdem ist vorgesehen, dass der Letztversterbende nach dem Tod des Erstversterbenden neu über seine Beerbung entscheiden kann, soweit er dabei nur Abkömmlinge von M und F bedenkt. Daraufhin verzichtet T, die gemeinsame Tochter von M und F, formgerecht mit Wirkung für sich, aber nicht für ihre Abkömmlinge auf ihr gesetzliches Erbrecht und ihren Pflichtteil. Nach dem Tod der F bestimmt M die T zu seiner Alleinerbin und setzt deren Tochter E als Ersatzerbin ein. E verlangt von T die Zahlung des Pflichtteils.

---

<sup>1</sup> Hier ist ein Fehler in der Nummerierung passiert. Fall 374 gibt es schon auf Arbeitsblatt 1. Der Fall wird daher in der Linklisten als Fall 374a geführt.